

Die Presse

FREI SEIT 1848

HITZETOD

Der Eisbär hat's hinter sich, die Politik kämpft weiter.
Reportage von der UN-Klimakonferenz
in Cancún. **SEITE 12**

Wo Demokratie zu wagen gefährlich ist

Nobelpreis. Preisverleihung an einen Abwesenden: Liu Xiaobo saß zum Zeitpunkt der Preisverleihung in einer Zelle im Jinzhou-Gefängnis. Keine Überraschung: China liegt im Demokratie-Index auf Platz 96 von 100. **VON CHRISTOPH SCHWARZ, THOMAS SEIFERT**

[OSLO/PEKING/WIEN] Die Nobel-Medaille und Friedens-Nobelpreis-Diplom liegen auf einem leeren Stuhl. Liu Xiaobo konnte am Freitag nicht nach Oslo zur Verleihung des Preises kommen. Der Essayist, politische Aktivist und Schriftsteller saß wohl zur Zeit der Preisverleihung in einer Zelle im Jinzhou-Gefängnis in der Provinz Liaoning im Nordosten Chinas. Seine Frau, Liu Xia, die den Preis an seiner Stelle entgegennehmen sollte,

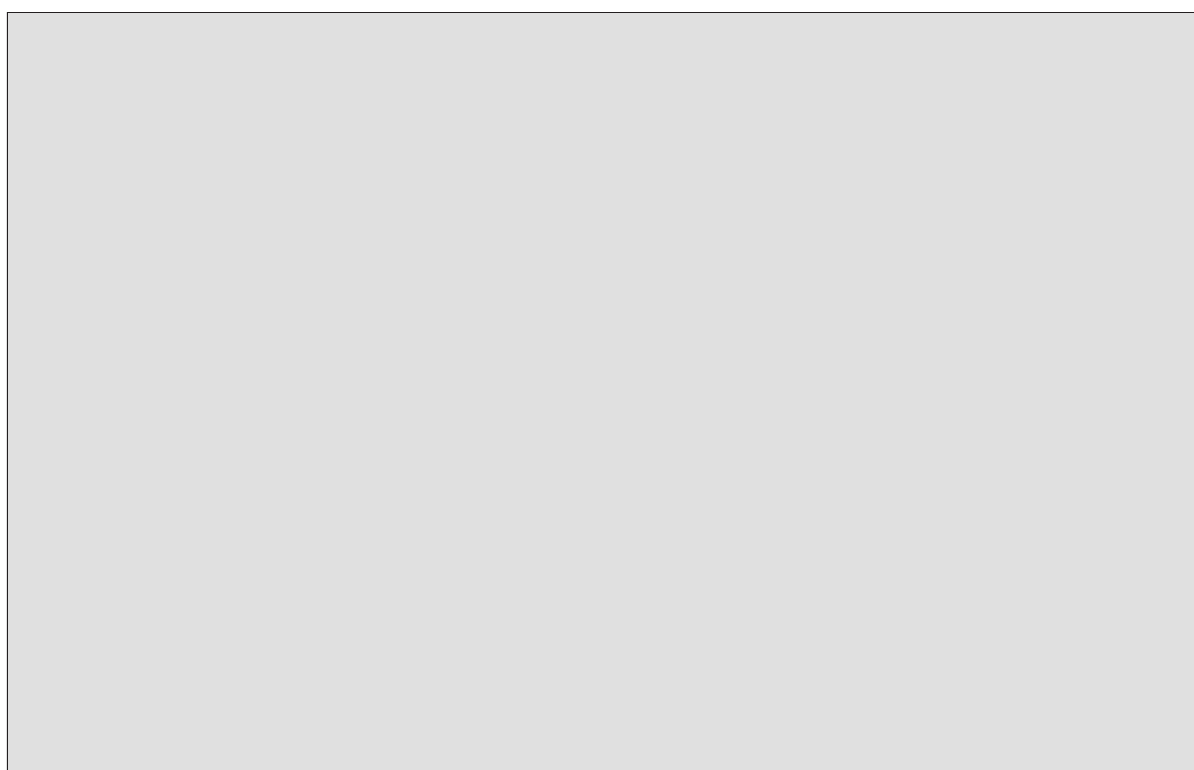
Mehr zum Thema:

Modellfall der Demokratie. Das Ranking der Staaten. **S. 2**

Leitartikel
von Michael Fleischhacker. **S. 2**

steht in Peking unter Hausarrest. Das erste Mal seit 1936, als KZ-Häftling Carl von Ossietzky nicht nach Norwegen reisen konnte, nimmt weder der Preisträger selbst noch ein Familienmitglied den Preis in Oslo entgegen.

Für China ist die Verleihung des Preises eine Einmischung in innere Angelegenheiten, der zu elf Jahren Haft verurteilte Liu Xiaobo ist für die Machteliten in Zhongnanhai, dem Hauptquartier der chinesischen KP, nichts weiter als ein „subversiver Verbrecher“. Die englischsprachige Tageszeitung



Nobelpreis-Komitee-Vorsitzender Jagland blickt auf den leeren Sessel, der symbolisch für Preisträger Liu Xiaobo steht. [Reuters]

„China Daily“ kritisiert die Entscheidung des Nobel-Komitees als „parteiisch“: „Die USA werden gelobt, China verdammt.“

Der 54-Jährige war im Dezember 2008 verhaftet worden, nicht zuletzt, weil er als einer der führenden Köpfe hinter dem Freiheitsmanifest „Charta 08“, steht. In dem Papier werden Meinungsfreiheit, freie Wahlen und Rechtsstaatlichkeit gefordert.

Die chinesische Führung reagierte zunehmend nervös auf die Verleihung des Nobelpreises an Liu Xiaobo: Offenbar wurde Druck auf befreundete Regierungen ausgeübt, an der Zeremonie nicht teilzunehmen. Am Tag vor der Preisverleihung in Oslo vergab ein Peking-Komitee den Konfuzius-Friedenspreis an den taiwanesischen Vizepräsidenten Lien Chan dafür, dass er eine „Brücke des

Friedens zwischen dem Festland und Taiwan gebaut hat“. Lien blieb aber der Preisverleihung fern.

Preis ehrt das chinesische Volk

In Oslo betonte der Vorsitzende des norwegischen Nobel-Komitees, Thorbjörn Jagland, dass der Friedens-Nobelpreis an Liu Xiaobo ein Preis sei, „der das chinesische Volk ehrt“ und „nicht gegen China“ gerichtet sei. Die Reaktion Chinas habe bewiesen, dass die Preisverleihung „notwendig und angemessen“ sei. Der Friedens-Nobelpreisträger vom Vorjahr, US-Präsident Barack Obama sagte, er respektiere die wirtschaftlichen Fortschritte, die China gemacht habe. Allerdings müsse das Land auch die Wichtigkeit der Menschenrechte anerkennen.

In einem Demokratie-Ranking, das am kommenden Montag vor-

gestellt wird und der „Presse“ exklusiv vorliegt, rangiert China auf Platz 96 (vor Nigeria und hinter Zambia). David Campbell, einer der Autoren der Studie: „Bei der ökonomischen Entwicklung und in der Wissenschaft punktet China

besser, bei Gesundheit schlechter und in politischer Hinsicht zeigt sich China geradezu katastrophal.“ China könne derzeit nicht als „normale“ Demokratie gelten. „Bei der vielfachen ökonomischen Bewunderung für Chinas Entwicklung muss mitbedacht werden, dass die politischen Strukturen dieses kommenden ökonomischen Supergiganten tendenziell noch immer autoritär sind“, sagt Campbell (Ergebnisse der Studie finden sich auf den Seiten zwei und drei).

„Erwarte Beginn einer neuen Ära“

Die Schauspielerin Liv Ullmann verlas bei der Preisverleihung einen Brief von Liu Xiaobo aus dem Jahr 2009, der überraschend optimistisch klingt (der Brief wird in der dieswöchigen „Presse am Sonntag“ abgedruckt): „Ich bin davon überzeugt“, schreibt Liu darin, „dass China politisch Fortschritte machen wird. Ich erwarte voll Optimismus den Beginn der Ära der Freiheit in China.“ Der Generalsekretär von Amnesty International, Salil Shetty, teilt den Optimismus von Liu Xiaobo: „415 Millionen Menschen nutzen in China das Internet. Es gibt eine lebendige Debattenkultur – vor allem unter Chinas Jugend. Liu Xiaobo wird recht behalten.“

Hintergründe und Reaktionen

MEHR: DiePresse.com/xiaobo



„Presse“-Kommentare

- WikiLeaks gefährlicher als China**
von Michael Fleischhacker **Seite 2**
- Traurig, aber wahr**
von Oliver Pink **Seite 4**
- Inzeit ist keine Freiheit**
von Wolfgang Böhm **Seite 12**
- Herrn Nowotny's kurzer Flirt**
von Karl Gaulhofer **Seite 15**
- Wunde Punkte der Justiz**
von Manfred Seeh **Seite 26**

DiePresse.com/meinung

Navigator

- Die Welt bis gestern **Seite 11**
- Die Aktien- und Fondskurse **ab S. 20**
- Sport **Seite 24**
- Veranstaltungen, Kino,
Radio & TV **S. 32**
- Society **Seite 33**
- Wetter **Seite 36**
- Impressum **Seite 36**
- 24 Stunden in 4 Minuten **Seite 36**

[Fotos: EPA, Bruckberger]

WikiLeaks zum Fall Liu

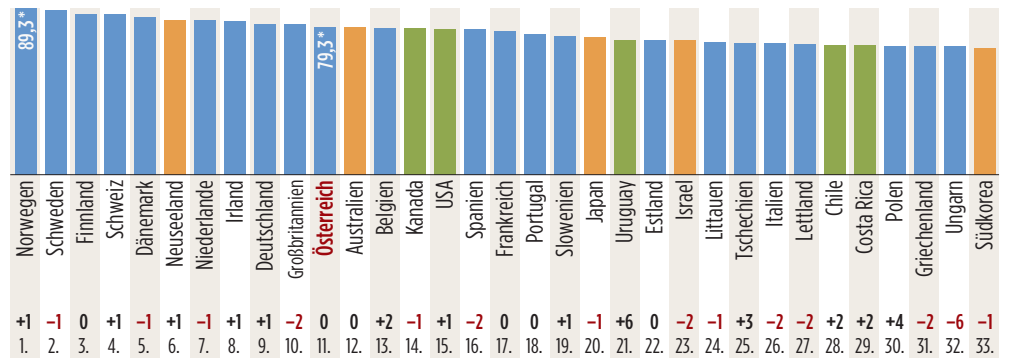
Datenaffäre. Weiter Kritik am Vorgehen der USA.

[WASHINGTON/PEKING] Kurz vor Weihnachten 2009 belehrte ein hochrangiger chinesischer Diplomat einen US-Diplomaten über die Rechtslage zum Thema Staatssicherheit. Zuvor hatte sich US-Botschafter Jon Huntsman für den verhafteten Menschenrechtsaktivisten Liu Xiaobo eingesetzt. Der Chinese meinte, er müsse sich bemühen, „nicht emotional zu werden“. Liu sei „subversiv“, die USA sollen sich nicht in innere Angelegenheiten Chinas einmischen, heißt es in der veröffentlichten Depesche.

Die USA stehen selbst wegen WikiLeaks in der Kritik: Die Reaktionen seien überzogen, lautete die Kritik aus Europa und Australien. Auch die Sperre von Visa und Mastercard für Spenden an WikiLeaks mutet seltsam an: Spenden etwa an den Ku-Klux-Klan sind mit diesen Kreditkarten möglich. Zudem ist nicht klar, warum die Onlineplattform WikiLeaks in der Kritik stehe, nicht jedoch die traditionellen Printmedien – wie etwa die „New York Times“ – die die Depeschen ebenfalls veröffentlichten.



EIN OFFENES WEIHNACHTSFENSTER
Graben 22, Wien. Tel. 01/532 56 56 - Hermes.com



Ranking: Skandinavien als „Modellfall“ für moderne Demokratie

Demokratie-Ranking. Österreich liegt auf dem elften Platz. Einbußen durch Korruption, schlechte Werte bei Bildung.

VON THOMAS SEIFERT UND CHRISTOPH SCHWARZ

Die Skandinavier sind die großen Sieger: Norwegen steht neu an der ersten Stelle des „Democracy Rankings 2009“. Die zuletzt führenden Schweden liegen auf dem zweiten Platz des Demokratie-Index, Finnland auf dem dritten Rang. Mit Neuseeland schaffte es überhaupt nur ein außereuropäischer Staat unter die Top Ten. Sieben der Staaten sind EU-Mitglieder. Am Ende der Rangfolge findet sich – knapp hinter der Zentralafrikanischen Republik – Äthiopien, so das Ergebnis der Studie, die am Montag in Wien präsentiert wird und der „Presse“ exklusiv vorliegt. Erstellt wird das „Democracy Ranking“, ein internationales zivilgesellschaftliches Projekt, in Österreich. Das Ranking kombiniert die Rangfolgen der US-Organisation „Freedom House“ und des Human Development Index der UNO, „um Demokratiequalität umfassender verstehen zu können“, sagt der Politikwissenschaftler David Campbell, wissenschaftlicher

Director des „Democracy Rankings“. „Internationale Organisationen scheuen oft davor zurück, direkte Aussagen über Demokratie zu treffen, um nicht in Konflikt mit ihren Mitgliedstaaten zu geraten.“

Auch Wirtschaft, Gleichstellung zählen
Das Ranking ist noch umfassender: Außer der politischen Dimension (Gewichtung: 50 Prozent) fließt das Leistungsprofil „nicht politischer Dimensionen“ mit ein. Gemessen werden die wirtschaftliche Performance des Staates, der Zugang zu Gesundheit und Bildung sowie die Faktoren Umwelt und Geschlechtergleichstellung (je zehn Prozent). Denn: „Freiheit wird öfters mit konservativen Ideologien assoziiert, Gleichheit hingegen mit Linken.“ Die nicht politischen Dimensionen sollen die subjektiven Einschätzungen zu politischen Werten ausgleichen. China und Russland wurden zu Vergleichszwecken erstmals in den Index aufgenommen, obwohl sie von „Freedom House“ als „unfrei“ geführt werden.

LEITARTIKEL

VON MICHAEL FLEISCHACKER

Vielleicht gefährdet WikiLeaks die Demokratie mehr als China

Demokratie und Menschenrechte teilen immer stärker das Schicksal des Umweltschutzes: Sie gelten als Wohlstandsphänomene, die einer Krise nicht standhalten.

Das Bild vom Stuhl des Vorwurfs, den man am Freitag bei der Zeremonie in Oslo für den Gewinner des Friedens-Nobelpreises, Liu Xiaobo, leer stehen ließ, hat nicht das Zeug zur Ikone. Der ohnehin verhaltene Protest der Europäer gegen die Repressalien des chinesischen Regimes gegen den Laureaten hat den Charakter einer blutleeren Pflichtübung. Pragmatismus ist angesagt. Die globale Anerkennung des alten chinesischen Ideologems, dass man in elementaren Menschenrechtsfragen je nach kulturellem Gusto durchaus unterschiedlicher Ansicht sein könne, wird neuerdings wissenschaftlich als „differenziertes China-Bild“ verkauft.

Wie das geht, hat der Politologe Franco Algeri in der Freitag-Ausgabe der „Presse“ demonstriert: Es habe sich, schreibt Algeri, „immer wieder gezeigt“, dass „eine Politik des erhabenen Zeigefingers gegenüber China wenig zielführend ist“. Franz Josef Strauß, der geniale Zyniker an der Spitze des Freistaates Bayern, hat diese Haltung mit unvergleichlicher Präzision auf den Punkt gebracht: „Man muss seine Grundsätze so hoch halten, dass man aufrecht darunter durchgehen kann.“

Der Kernsatz der von Franco Algeri vorgetragenen „Differenzierungsthese“ aber lautet: „China hat durch seinen globalen Einfluss an Macht gewonnen und die chinesische Regierung nutzt das selbstbewusst. Würden andere Staaten, die in einer ähnlichen Situation wären, nicht ebenso handeln?“

Na klar würden andere Staaten, wenn sie Einparteiendiktaturen wären, ebenfalls wie Einparteiendiktaturen handeln. Bis vor ein paar Jahren war man im sogenannten, damals noch existierenden „Westen“ allerdings der Meinung, dass es angemessen sei, von Einparteiendiktaturen anders zu sprechen als von liberalen Demokratien.

Stellen wir uns kurz vor, der Forschungsdirektor eines österreichischen Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik hätte so um 1980 folgenden Satz geschrieben: „Die Sowjetunion hat durch ihren zunehmenden globalen Einfluss an Macht gewonnen und die sowjetische Regierung nutzt dies selbstbewusst. Würden andere Staaten, die in

einer ähnlichen Situation wären, nicht ebenso handeln?“ Das hätte vielleicht doch den einen oder anderen Intellektuellen verstört.

Demokratie und Menschenrechte sind dabei, dieselbe öffentliche Karriere zu machen, die das Großthema der 1980er- und 90er-Jahre, die Ökologie, bereits hinter sich hat: Wohlstandsphänomene, um die man sich kümmert, wenn man den Rest seiner Sorgen entsorgt hat. Wir haben derzeit einfach andere Sorgen, sie hören auf den Namen *Yuan*.

Der wohlwollende Umgang mit der mächtigsten Diktatur der Welt gehört heute zum Common Sense nicht nur der Business, sondern auch der Intellectual Community. Heute behandelt man nicht China, sondern die Vereinigten Staaten von Amerika so, wie man früher die Sowjetunion behandelt hat. Das galt für die Bush-Jahre und gilt wieder, seit Barack Obama die messianischen Erwartungen seiner Jünger enttäuscht hat. Die Kontroverse um die Enthüllungsplattform WikiLeaks bestätigt das auf geradezu atemberaubende Weise: Dass ein Unternehmen, das seine Struktur, seinen Sitz und seine Finanzierung verschleiert, für die Veröffentlichung geheimer US-Daten als neue Wunderwaffe von Transparenz und Demokratie gefeiert wird, ist nur unter der Prämisse des massentauglichen Antiamerikanismus denkbar.

Schon ist davon die Rede, dass WikiLeaks den Beginn einer neuen Ära von Transparenz, Demokratie und Internet-Bürgerprotest markieren könnte. Anonymität als Geschäftsgrundlage von Transparenz, Demokratie und Bürgerbeteiligung: Die intellektuelle Wohlstandsverwahrlosung hat dramatische Ausmaße erreicht. Transparenz als Folge der durchgängigen Mediatisierung von Politik hat zu Entzauberung und Politikverdrossenheit geführt. Der Kaiser ist nackt, und das ist gut so. In ihrer anonymen Variante mutiert diese Transparenz allerdings zum Terror. Namenlose Rabiabürger, die auf unbedeckte Kaiser treffen: Das kann heiter werden. Vielleicht haben die China-Versteher also recht: Möglicherweise ist WikiLeaks für die Demokratie das größere Problem als die Einparteiendiktatur in Peking.

Jede Lange-Uhr ist einzigartig.
Genau wie die Menschen, die sie fertigen.

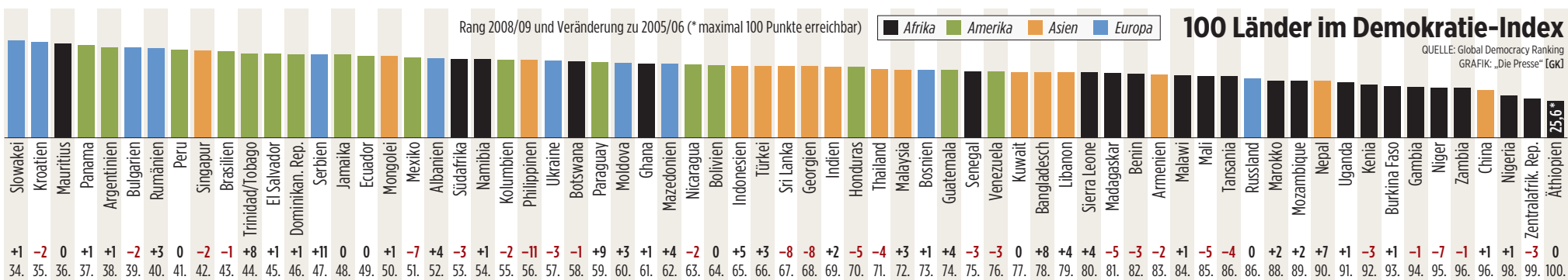
A. LANGE & SÖHNE
GLASHÜTTE I/SA

Keine zwei Exemplare des SAXONIA JAHRESKALENDER sind hundertprozentig gleich. Denn erst durch das Geschick der menschlichen Hand erreicht dieser Zeitmesser höchste Präzision. Jeder Meister montiert und vollendet die Uhr jeweils auf seine individuelle Weise. So entsteht ein Unikat, das man nur bei den feinsten Juwelieren der Welt erhält. Wie bei Hübner.

Der SAXONIA JAHRESKALENDER. Erhältlich bei:

HÜBNER
UHRMACHERMEISTER SEIT 1914

Wien, Am Graben 28 • 01/533 80 65 Linz, Klosterstr. 2 • 0732/77 33 60



Österreich selbst findet sich im „Democracy Ranking“ nicht unter den Top Ten – es liegt, wie schon bei der Messung für das Jahr 2006 auf dem elften Rang. „Relativ höher“ schneidet Österreich bei Wirtschaft und Gesundheit ab. Weniger gut bei Bildung und Politik. In den Bereichen „Political Right“ und Korruption musste Österreich sogar Rückschläge hinnehmen. Noch schlechter steht es um die Gleichstellung.

Die nordischen Länder „definieren eine globale Benchmark für empirische bereits erreichte Demokratiequalität“, so Campbell. Auch Deutschland (siehe Grafiken) sei ein „Modellfall“, wie sich Demokratie „qualitätsvoll entwickeln“ lasse. Polen und Serbien sind die europäischen Länder mit dem größten relativen Fortschritt. Dass Demokratien aus Schwellenländern in einzelnen Dimensionen deutlich besser abschneiden als „traditionell westliche“ Demokratien, zeigt ein Blick auf Südkorea, Singapur, Israel und Kuwait. „Demokratie wird ein immer globaleres Phänomen“, so Campbell. „Und ist keineswegs ein Privileg alter Industrienationen.“

POLITISCHES SYSTEM
 50 Prozent Gewichtung im Demokratie-Index

Die Finnen führen, nur Platz 15 für Österreich

Auch in der politischen Dimension liegen die skandinavischen Länder in Führung, Deutschland und die Schweiz sind ebenfalls unter den Top Ten. Österreich schneidet unterdurchschnittlich ab und liegt nur auf Platz 15. Größere Einbußen bei der Pressefreiheit und „Civil Liberties“ mussten innerhalb der EU auch Bulgarien und Italien hinnehmen. Die größte Verbesserung im EU-Raum kann Polen (plus fünf Ränge) vorweisen. Serbien macht gar acht Plätze gut. Außerhalb Europas machten Mozambique und Sierra Leone die größten Sprünge. Sie verbesserten sich (ausgehend von einem relativ niedrigen Niveau) um 12 Ränge. Nigeria hingegen stürzte um 18 Plätze ab. China und Russland finden sich unter den letzten fünf.

DEMOKRATIE-INDEX: Politisches System
 Rang 2008/09 und Veränderung zu 2005/06

| Die Guten | Die Schlechten |
|---------------------|-----------------------------|
| 1. Finnland +1 ▲ | 100. Äthiopien -1 ▼ |
| 2. Norwegen +1 ▲ | 99. China +1 ▲ |
| 3. Schweden -2 ▼ | 98. Zentralafrik. Rep. -5 ▼ |
| 4. Neuseeland +1 ▲ | 97. Russland 0 ■ |
| 5. Dänemark -1 ▼ | 96. Gambia -1 ▼ |
| 8. Schweiz +3 ▲ | 93. Nigeria -3 ▼ |
| 9. Deutschland -2 ▼ | 86. Niger -18 ▼ |
| 15. Österreich -1 ▼ | 84. Thailand -4 ▼ |
| 16. USA +1 ▲ | 73. Türkei +6 ▲ |
| 26. Polen +5 ▲ | 71. Bosnien-Herzeg. -6 ▼ |
| 29. Südafrika -1 ▼ | 63. Mozambique +12 ▲ |
| 32. Israel 0 ■ | 62. Albanien +5 ▲ |
| 42. Südkorea -2 ▼ | 55. Indien +3 ▲ |
| 45. Serbien +8 ▲ | 54. Ukraine +2 ▲ |

WIRTSCHAFT
 10 Prozent Gewichtung im Demokratie-Index

Kuwait positioniert sich als Wirtschaftsmacht

Insgesamt rangiert Kuwait nur auf Platz 77. In wirtschaftlicher Hinsicht positioniert sich der asiatische Staat als Großmacht – und landet (nur hinter Norwegen) auf dem zweiten Platz. Auch Singapur ist unter den ersten fünf. „Während Kuwait in anderen Dimensionen vielfach schlechter abschneidet, manifestiert sich die Entwicklung in Singapur als deutlich nachhaltiger, da das Land auch in anderen Bereichen punktet“, so Campbell.

Auch Indien reiht sich an vergleichsweise guter Position ein. Die Herausforderung sei jetzt, „wirtschaftliche Erfolge in nachvollziehbare Leistungen in anderen Bereichen zu übersetzen, sodass auch breitere Bevölkerungsschichten an der Entwicklung des Landes teilhaben können“.

DEMOKRATIE-INDEX: Wirtschaft
 Rang 2008/09 und Veränderung zu 2005/06

| Die Guten | Die Schlechten |
|----------------------|--------------------------|
| 1. Norwegen 0 ■ | 100. Ghana -1 ▼ |
| 2. Kuwait 0 ■ | 99. Kenia -1 ▼ |
| 3. Schweiz +3 ▲ | 98. Sambia +2 ▲ |
| 4. Singapur -1 ▼ | 97. Nigeria 0 ■ |
| 5. USA -1 ▼ | 96. Niger -2 ▼ |
| 11. Österreich +1 ▲ | 88. Äthiopien -10 ▼ |
| 13. Deutschland +2 ▲ | 86. Bosnien-Herzeg. +4 ▲ |
| 21. Südkorea 0 ■ | 79. Südafrika 0 ■ |
| 28. Slowakei +9 ▲ | 73. Serbien +11 ▲ |
| 32. Russland +3 ▲ | 72. Ukraine -10 ▼ |
| 33. Polen +7 ▲ | 68. Venezuela -11 ▼ |
| 39. Ungarn -6 ▼ | 65. China +4 ▲ |
| 42. Türkei +1 ▲ | 58. Indien -4 ▼ |
| 50. Brasilien -4 ▼ | 56. Indonesien +14 ▲ |

BILDUNG
 10 Prozent Gewichtung im Demokratie-Index

PISA-Sieger Südkorea behauptet sich erneut

Nicht nur bei PISA liegen die Finnen vorne. Auch im Democracy-Ranking erreichen sie in der Wissensdimension den zweiten Rang. Auch Südkorea und Israel reihen sich ganz vorne ein. Und damit weit vor Österreich, das nur den 18. Rang belegt. Die Türkei, die im PISA-Ranking knapp hinter Österreich liegt, kommt auf Platz 61. Russland liegt sogar auf Platz 37, Indien hingegen nur auf Rang 85.

Den relativ größten Fortschritt im Vergleich zu den Vorjahren macht Venezuela, das um 14 Plätze aufsteigt. Innerhalb Europas ist erneut Serbien der Staat mit dem größten Leistungsanstieg: „Wenn Serbien dieses Tempo in allen Dimensionen aufrechterhält, rückt die EU-Mitgliedschaft möglicherweise bald in greifbare Nähe“, so Campbell.

DEMOKRATIE-INDEX: Bildung
 Rang 2008/09 und Veränderung zu 2005/06

| Die Guten | Die Schlechten |
|------------------------|-----------------------------|
| 1. Schweden 0 ■ | 100. Zentralafrik. Rep. 0 ■ |
| 2. Finnland 0 ■ | 99. Malawi 0 ■ |
| 3. Schweiz 0 ■ | 98. Mozambique 0 ■ |
| 4. Israel +1 ▲ | 97. Burkina Faso 0 ■ |
| 5. Dänemark -1 ▼ | 96. Äthiopien -1 ▼ |
| 6. Südkorea +1 ▲ | 85. Indien -1 ▼ |
| 7. USA -1 ▼ | 82. Bangladesch +3 ▲ |
| 8. Großbritannien +3 ▲ | 75. Bosnien-Herzeg. 0 ■ |
| 13. Deutschland +1 ▲ | 68. Costa Rica -6 ▼ |
| 18. Österreich +1 ▲ | 65. Mexiko -6 ▼ |
| 32. Serbien +4 ▲ | 63. Bolivien -10 ▼ |
| 36. Venezuela +14 ▲ | 62. China -8 ▼ |
| 37. Russland +2 ▲ | 61. Türkei +3 ▲ |
| 49. Südafrika -5 ▼ | 51. Armenien +5 ▲ |

Zur Person

David Campbell (Bild) ist Politikwissenschaftler an der Fakultät für interdisziplinäre Forschung an der Universität Klagenfurt.

Er ist der wissenschaftliche Leiter des „Democracy Ranking“, das von Christa Pözlbauer und Sandor Hasenörl 2002 als Verein zur Förderung der Demokratiequalität ins Leben gerufen wurde. Das aktuelle Ranking wird am Montag präsentiert. Weitere Infos: democracyranking.org

Länder-Ranking und Hintergründe auf DiePresse.com/demokratie

PRADA
 MILANO
 DAL 1913

Wien
 Weihburggasse 9

Sale - Ab 11. Dezember finden Sie reduzierte Einzelteile der Damen- und Herrenkollektion Herbst / Winter 2010 in unserem Geschäft

GLEICHBERECHTIGUNG
 10 Prozent Gewichtung im Demokratie-Index

Niederlande legen zu, Probleme in Österreich

In keiner anderen Dimension schneidet Österreich so schlecht ab wie bei der Gleichstellung von Mann und Frau: Obwohl man sich im Vergleich zum Jahr 2006 um zwei Plätze verbessert hat, liegt man weiter nur auf Rang 21. Die Niederlande (plus sieben Ränge) und Deutschland (plus fünf Ränge) ziehen davon, auch Frankreich findet sich neben den skandinavischen Staaten in der Spitzengruppe. Sogar Singapur liegt weit vor Österreich.

Knapp hinter Österreich finden sich die südeuropäischen Staaten Spanien, Italien und Portugal. Bosnien liegt nur an 62. Stelle, die Türkei (insgesamt auf Platz 66) rangiert überhaupt nur auf Platz 74. Überraschend gut schneiden die Russen ab.

DEMOKRATIE-INDEX: Gleichberechtigung
 Rang 2008/09 und Veränderung zu 2005/06

| Die Guten | Die Schlechten |
|-------------------------|-----------------------------|
| 1. Norwegen 0 ■ | 100. Niger 0 ■ |
| 2. Finnland 0 ■ | 99. Nigeria -1 ▼ |
| 3. Australien 0 ■ | 98. Zentralafrik. Rep. +1 ▲ |
| 4. Dänemark +2 ▲ | 97. Mali 0 ■ |
| 5. Neuseeland 0 ■ | 96. Mozambique -2 ▼ |
| 8. Frankreich 0 ■ | 91. Kenia 0 ■ |
| 9. Niederlande +7 ▲ | 87. Südafrika -3 ▼ |
| 11. USA -2 ▼ | 85. Indien +1 ▲ |
| 15. Großbritannien -5 ▼ | 81. Marokko -1 ▼ |
| 17. Deutschland +5 ▲ | 75. Bangladesch 0 ■ |
| 21. Österreich +2 ▲ | 74. Türkei -1 ▼ |
| 25. Italien +2 ▲ | 71. Kuwait 0 ■ |
| 33. Russland -2 ▼ | 66. China -1 ▼ |
| 48. Serbien +11 ▲ | 62. Bosnien-Herzeg. 0 ■ |